

Elternschaft und Elternpflichten im Spannungsfeld zwischen Leitbildern und Alltag

Irene Gerlach

1 Einleitung

Das Wort Eltern transportiert im alltäglichen Sprachgebrauch und für die meisten Menschen zunächst einmal scheinbar Selbstverständliches: Geborgenheit, Schutzraum des Aufwachsens – so auch sein indogermanischer Ursprung für nähren, wachsen, machen (Pokorny 1859, i. d. F. von 2007: 26) –, Unterstützung und Vieles mehr. Es ist also – zumindest auf den ersten Blick – positiv besetzt. Wir kennen es (grammatikalisch) nicht im Singular und es führt fast immer Adjektive oder relationale Bezüge mit sich: Es heißt „gute“ Eltern oder „schlechte“ Eltern und Elternrecht und Elternpflicht oder auch Elterngeld und Elternrolle(n). Und zumindest bis vor kurzem bestand ein Elternpaar immer aus einer Mutter und einem Vater, einer Frau und einem Mann also. Aber schon an dieser Stelle scheinen unter der homogenen Oberfläche auch deutlich andere Konturen hindurch: Eltern sind nicht immer gut zu ihren Kindern und für ihre Kinder, es gibt sie zu heute einem Fünftel, was die operative Alterspraxis angeht, durchaus auch im Singular. Und schließlich wissen wir heute auch, dass eben auch zwei Männer oder zwei Frauen Elternaufgaben wahrnehmen können. D. h., die Vorstellungen, die wir mehr oder weniger bewusst mit dem Wort Eltern verbinden, finden sich keineswegs in der sozialen Realität auch so abgebildet.

Das Wort Eltern ist ohne normativen Kontext kaum vorstellbar. Die Ausgestaltung von Elternschaft geschieht zu einem sehr großen Teil durch die soziale Umwelt: Vieles an Rollenerwartungen an Mütter und Väter und Erwartungen an das Elternpaar wird in der Erziehung, im Erleben in der eigenen Kindheit transportiert. Leitbilder von Elternschaft und Elternrolle werden aber nicht nur in der Erziehung, sondern auch im täglichen Leben und im öffentlichen Diskurs an uns herangetragen. Ganz bestimmte Erwartungen begegnen uns im Betreuungssys-

tem, in der Schule, im Arbeitsleben. Leitbilder liegen dem Handeln in der Politikformulierung und der Umsetzung in der Politik zugrunde. Und nicht nur in der Gesetzgebung finden wir Leitbilder von Elternschaft, sondern auch in der Rechtsprechung.

Dem Recht – sowohl dem Verfassungsrecht als auch dem im Bürgerlichen Gesetzbuch und dem Sozialgesetzbuch festgelegten – kommt in der Formulierung von Leitbildern eine ganz besondere Funktion zu: Mit ihm legt der Gesetzgeber nicht nur ein mehr oder weniger konkretes Ideal von Elternschaft fest. Recht stellt auch die Grundlage für eine standardisierte Sanktionierung von Abweichungen von diesem Ideal dar.

Elternschaft ist in der gelebten Realität weder eindeutig noch homogen, – das war sie nie – vielmehr sprechen wir in der Familiensoziologie seit Jahrzehnten von der Pluralisierung und ebenso von der De-Institutionalisierung von Familie und Elternschaft (z. B. Beck 1991). Menschen finden in immer weniger Fällen vorgefertigte Lebensentwürfe und Lebensverläufe vor. Dies hat zum einen seine Ursache in Prozessen des sozialen Wandels insbesondere der Geschlechterrollen: Hier muss neu kombiniert, abgestimmt und begründet werden – innerhalb der (Eltern)paarbeziehung ebenso wie mit allen das Familien- und Erwerbsleben betreffenden gesellschaftlichen Subsystemen. Zum anderen aber verdanken sich diese Prozesse sozialen Wandels nicht zuletzt einem deutlichen Abbau von Sanktionsmechanismen, die noch vor wenigen Jahrzehnten z. B. über die „Moral“ vom gesellschaftlich vorgegebenen Leitbild abweichendes Verhalten ächteten. Die zuvor vorhandenen Legitimationsgrundlagen kollektiver Verhaltensweisen und Lebensformen sind teilweise verschwunden, soziale Beziehungen werden viel stärker als zuvor individualistisch begründet. Dabei darf aber nicht übersehen werden, dass z. B. die Wahrnehmung von Elternrollen in bestimmte Sachzwänge eingebunden ist, die die oben suggerierten Freiheitsräume ganz gewaltig einschränken: Fragen des ökonomischen Überlebens bis zur Kalkulation der Existenzgrundlage im Alter, Fragen der (An)rechte von Kindern auf eine gute und gedeihliche Erziehung und Förderung, Fragen im Erwerbsleben nach den Möglichkeiten und Grenzen der Herstellung von Vereinbarkeit z. B.

Wie werden vor diesem Hintergrund Leitbilder wirksam und welche Rolle spielt dabei z. B. der Leitbildcharakter von Recht? Wie hat die plurale Empirie von Elternschaft in den letzten Jahren auch zunehmend Eingang in Leitbilder gefunden und: Wie gehen die Menschen mit Abweichungen zwischen Leitbildern – in

der Politik und im Recht nachweislichen ebenso wie bei den Mitmenschen vermuteten – und ihren eigenen Orientierungen und ihrem Verhalten um? Das sind die zentralen Fragen, die im Folgenden diskutiert werden sollen.

2 Familien- und Eheleitbilder: ein kurzer Blick zurück

Dass es im Grunde gar keiner Leitbilder bedarf, hat Rousseau in seiner Definition von Familie ausgedrückt: „Die älteste aller Gesellschaften und die einzig natürliche ist die der Familie. (...) Familie ist deshalb, wenn man so will, das Urbild der politischen Gesellschaften“ (Rousseau 1988: 6f.).¹ Dennoch gab und gibt es in der Geschichte eine Vielzahl unterschiedlicher Familientypen wie z. B. die Kernfamilie, die Großfamilie, die Sippe, die große Haushaltsfamilie sowie die Kleinfamilie (Weber-Kellermann 1977: 9ff., Flandrin 1978, Shorter 1977, Segalen 1990), die z. T. nebeneinander existierten, von denen aber in der Regel ein Typ in einer historischen Phase (und/oder einer gesellschaftlichen Gruppe/Schicht) dominierte. Familie war und ist bis heute auch eine Institution mit (volks-)wirtschaftlicher Bedeutung: Sie ist der Ort der Humanvermögensschaffung einer Bevölkerung. Daher gibt es immer Zusammenhänge zwischen den Strukturmerkmalen und Erfordernissen des umgebenden Gesellschafts- und Wirtschaftssystems und den vielfältig formulierten Leitbildern von Familie, die wiederum z. B. mit politisch gesetzten Anreizsystemen verbunden auch zu einer Änderung des Anteils bestimmter Familien beitragen können.

Elternschaft jedoch ist – wenn man so will – der unverzichtbare Kern aller Familienkonzeptionen, denn in ihr manifestiert sich das für alle Familiendefinitionen unverzichtbare Element der Sorge im Generationenverband.

Vor 1800 waren die die Familie bestimmenden Normenkomplexe Partnerschaft und Elternschaft in obligatorischer Weise über die Institution der ehegebundenen Familie gekoppelt. Diese war in ihren Voraussetzungen, Strukturen, Funktionen sowie den korrespondierenden Rolleninhalten der Familienmitglieder sozial, rechtlich und religiös stark abgesichert und vorgeformt. Individuell wählbare Optionen für die Lebensgestaltung bestanden in extrem geringer Zahl. Beide Normenkomplexe waren in existentieller Weise an ökonomische Kriterien gebunden: die Ehe aufgrund der existenzsichernden Arbeitsteilung zwischen den

¹ Folgendes nach Gerlach 1996: 31ff.

Geschlechtern (u. a. abzulesen an der hohen Zahl der Wiederverheiratung nach dem Verlust des Ehepartners, die oft unmittelbar auf dessen Tod folgte), die Elternschaft aufgrund der Bedeutung, die Kinder als Arbeitskräfte und in der Alterssicherung für die Eltern und Hof- oder Gewerbeerben hatten.

Bezeichnend für die Entwicklung des familienbezogenen Normensystems im 19. Jahrhundert war dann zunächst die Tatsache, dass die in der Aufklärung eingeleitete Einwicklung der Ehe fort von einem „Besitzverhältnis“ zwischen Mann und Frau hin zu einem auf einem Rechtsvertrag zwischen zwei Individuen basierenden Verhältnis langsam auch in der sozialen Realität Gestalt annahm. Aber gerade für das 19. Jahrhundert müssen Beschreibungen des Verhaltens und der Rollen in Familien zumindest zwischen den Arbeiterfamilien auf der einen und den Bürgerfamilien auf der anderen Seite unterschieden werden. Fabrik- oder Heimarbeitern war zwar jetzt in größerer Zahl die Gründung eigener Haushalte möglich. Um zu überleben, mussten aber in der Regel beide Elternteile und z. T. auch die Kinder arbeiten. Kinder, die in ländlichen Familien vor 1800 oft von Verwandten mitversorgt wurden, waren in den katastrophalen Unterkünften in den Städten oft sich selbst überlassen. Eine deutliche Veränderung in den Normen und Rolleninhalten der Familie ergab sich eher als für die Arbeiterfamilie für die bürgerliche Familie. Hier entstand in einer eigenen Welt „die Familie“, die uns in dem lange gültigen Leitbild der „bürgerlichen Kleinfamilie“ so vertraut erscheint. Beide Normenkomplexe, der der Partnerschaft wie der der Elternschaft, erhielten neue Inhalte und wurden in ihrer jeweiligen Existenz für sich erheblich aufgewertet. Die durch die Aufklärung vorbereitete Entwicklung eines Schutz- und Schonraumes für Kinder drückte sich hier in einer Akzeptanz und sogar speziellen Förderung von Kindheit und Jugend aus (u. a. lässt sich dies an der in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts stark zunehmenden Bedeutung der Schulbildung und an der breiten Entwicklung von Jugendfreizeitorganisationen ablesen). Der für diese Phase mit der Reduzierung der Familienformen auf die Kernfamilie behauptete Funktionsverlust der Familie, ist schon aufgrund der Intensivierung der familialen Sozialisationsfunktion daher so nicht eingetreten.

Bezüglich des Normkomplexes Partnerschaft zwischen den Eheleuten tritt anstelle der existenzsichernden Rolle der Ehe, deren emotionale Dimension durch die Betonung der „romantischen Liebe“. Die für das Geschlechterverhältnis aber wesentlichste und folgenschwerste strukturelle Änderung in dieser Phase ist die Konstruktion eines abgeschirmten Innenbereiches von Familie, in dem Frauen und Kinder lebten und arbeiteten auf der einen Seite, und dem Außenbereich der

Arbeit im Erwerbssystem für den Mann auf der anderen Seite. Waren in der vorindustriellen Familie Arbeitsinhalte und Arbeitsstrukturen für beide Geschlechter aufgrund der fehlenden Trennung von Lebens- und Arbeitswelt „einschbar“, so überschaute nun der Mann zwar den Arbeitsbereich der Frau im Zusammenhang der Intimität von Familie, diese aber nicht den des Mannes. Dies und die Ausgrenzung der Frau aus dem Bereich „geldwerter“ Arbeit führten zu einer Verstärkung vorhandener patriarchaler Strukturen. Die beschriebene Entwicklung der Inhalte von (Ehe)-Partner- und Elternrollen setzte sich auch im Verlauf des 20. Jahrhunderts zunächst in gleiche Richtung weiter fort. Eine entscheidende Zäsur ergab sich allerdings bezüglich der Normenkomplexe Elternschaft u. v. a. Partnerschaft im Wechsel vom siebten zum achten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts.

Bis weit in die 60er Jahre hinein schien das normative Profil des generativen Verhaltens sich lediglich bezüglich der Geburtenhäufigkeit in den Familien zu ändern. Die Attraktivität von Ehe und Familie als selbstverständliche gesellschaftliche Institutionen und Stationen des individuellen Lebensweges blieb unhinterfragt. Im Gegenteil: Im Zusammenhang der Betrachtung familialer Entwicklungen im 19. und 20. Jh. erreichte die an die Ehe gebundene Familie in den 60er Jahren des 20. Jh. sogar ein zuvor nicht dagewesenes Ausmaß an Attraktivität. 1960 betrug der Anteil der Verheirateten an den jeweiligen Altersklassen 90 %, wovon wiederum 90 % auch eine Familie gründeten (Kaufmann 1988: 404, Hoffmann-Nowotny 1988).

Wodurch ist nun die Entwicklung der Normenkomplexe Elternschaft und Partnerschaft in den letzten Jahrzehnten zu beschreiben? Bezüglich des Normenkomplexes Elternschaft ist davon auszugehen, dass sich die Entwicklungen als beschleunigte Fortsetzung eines Trends darstellen, der schon zum Ende des 19. Jahrhunderts seinen Beginn hatte. Die in der Zahl reduzierten Kinder erlangten eine immer stärkere individuelle Bedeutung, waren mit immer größeren ökonomischen, juristischen und pädagogischen Verpflichtungen für die Eltern und für andere Sozialisationsinstanzen verbunden. In der Folge der nun gut 200 Jahre währenden systematischen Konzeptionierung von Erziehungszielen und -inhalten nach der Aufklärung (mehr dazu: Schütze: 1986) sowie der zunehmenden Verfügbarkeit über Verhütungsmittel, die mit der „Pille“ in den 70er Jahren einen absoluten Höhepunkt erreichte, entwickelte sich im Normenkomplex Elternschaft das Orientierungs- und Handlungskonzept der „verantworteten Elternschaft“ (Kaufmann 1988: 395). Es beinhaltet nicht nur hohe Anforderungen an

die Erziehung der Kinder, sondern setzt ebenso voraus, dass Kinder nur dann geboren werden, wenn man sich dieser Verantwortung auch stellen möchte.

Quasi die Verwirklichung dieser Anforderungssteigerung im Bereich der Elternschaft erschwerend, wirken die Dynamiken, die sich im Bereich der Partnerschaft ergeben haben, und dort insbesondere in den weiblichen Lebensorientierungen und Lebensverläufen. Im Verlauf von zwei Entwicklungsschüben wurden die Frauen in den Erwerbs- und Bildungsbereich integriert. Während der späten 50er und 60er Jahre stieg zunächst der Anteil von Frauen mit einer Berufsausbildung, später dann nahmen die Anteile von Frauen bei den allgemeinbildenden (höheren) Schulabschlüssen zu (Tölke 1989). Eine nachhaltige Wirkung auf das Erwerbsverhalten von Frauen zeigt sich aber erst zum Ende der 70er bzw. Anfang der 80er Jahre (Huinink 1991: 299).

Eine Schlüsselfunktion für die Paarverhältnisse hatte die Entkoppelung von Ehe und Sexualität einerseits durch die Verfügung über wirksame Verhütungsmittel, andererseits durch die zunehmende Unwirksamkeit sozialer und auch rechtlicher Sanktionsmechanismen ab den 70er Jahren des 20. Jh. In z. T. zeitlich parallelen oder zeitlich nachgeordneten Schritten fanden entsprechende Entkoppelungen – als Leitbild und teilweise auch gelebt – auch zwischen Elternschaft und Ehe sowie zwischen Familienstand und Geschlecht und Teilnahme am Erwerbssystem statt. Der gesamte Normenkomplex Elternschaft-Partnerschaft zerfiel dabei in eine Reihe möglicher Kombinationen von Teilkomplexen, deren Wahl für den individuellen, insbesondere weiblichen Lebensweg einen immer stärkeren Gestaltungsraum für die einzelnen Handelnden zu erlauben schien.

Ganz anders stellt sich die Entwicklung im Hinblick auf die staatliche Steuerung der Erziehungsaufgabe dar (im Folgenden nach Sachße/Tennstedt 1982: 97ff.). Mit dem „Gesetz zur Herabsetzung des Volljährigkeitsalters“ 1974 tat der Gesetzgeber einen ersten Schritt zur Einschränkung der elterlichen Gewalt. Mit der Reform des Rechtes der elterlichen Sorge (1979) setzte er einen Prozess der inhaltlichen Umgewichtung der elterlichen Aufgaben und der öffentlichen Beeinflussung dieser Aufgaben in Gang.² Die elterliche Gewalt wird nicht nur terminologisch zur elterlichen Sorge dadurch, dass durch § 1618a eine Generalklausel

² Näheres dazu und in der Fortsetzung der Rechtentwicklung zur Elternschaft in den nächsten Jahrzehnten in dem Beitrag von Gerlach zu „Elternrechte und Elternpflichten: Art. 6 GG sowie das Familienrecht und seine Reformen“ in diesem Band.

geschaffen wird, die Kinder wie Eltern zu wechselseitiger Rücksicht und Verantwortung mahnt. Das Leitbild einer konsensualen Erziehung, das die Eltern verpflichtet, mit wachsendem Lebensalter des Kindes auf dessen Bedürfnisse und Interessen Rücksicht zu nehmen und entwürdigende Erziehungsmaßnahmen verbietet (§ 1626 Abs. 2; § 1618a; § 1631 Abs. 2), wird in das Familienrecht aufgenommen. Die „Schlichtungskompetenz“ zwischen Eltern bei Uneinigkeit bezüglich der Wahrnehmung der elterlichen Sorge in für das Kind bedeutsamen Fragen wurde zunächst aus der Familie ausgelagert und (auf Antrag) einem Elternteil durch das Vormundschaftsgericht übertragen (§ 1628). Durch § 1631 a Abs. 1 und § 1631 a Abs. 2 wird den Eltern nicht nur eine besondere Rücksichtnahme auf Ausbildungs- und Berufswünsche der Kinder vorgeschrieben, sondern gleichzeitig wird auch ein neuer Eingriffstatbestand für das Vormundschaftsgericht geschaffen, wenn die Eltern offensichtlich nicht den Verpflichtungen nach § 1631 a Abs. 1 nachkommen. Die Erweiterung des Schutzes der Kinder durch die Betonung v. a. der Erziehungsverantwortung bedeutete faktisch die Erweiterung der Eingriffsbefugnisse öffentlicher Instanzen. Diese Entwicklung fand mit der Kindschaftsrechtsreform 1998 und der Einführung des kindlichen Rechts auf eine gewaltfreie Erziehung ab 2001 konsequente Fortführungen.

Die beschriebenen Rechtsreformen sind als Wirksamwerden zweier wesentlicher Leitkonzepte von Elternschaft einzuordnen: dem Konzept der Verantworteten Elternschaft sowie dem des Kindeswohls als Maßstab der Beurteilung der Wahrnehmung von Elternaufgaben.

Nicht nur die Rechtsreformen und der Verhaltenswandel in der Realität der Geschlechterrollen trugen neben einer De-Institutionalisierung von Paarbeziehungen und Elternschaft auch zu einer Pluralisierung von Elternschaft bei, sondern auch die Entwicklung der Reproduktionsmedizin. Sie hat nicht nur zu alltags sprachlichen Versuchen geführt diese Pluralität zu erfassen, indem von „Ersatzmutterschaft“, „Leihmutterschaft“ “ (Vaskovics 2001: 19) und Samenspendern die Rede ist, sondern konfrontiert – wie z. T. auch die geschilderten Verhaltensänderungen – Familien und Rechtssystem mit der Notwendigkeit zwischen biologischer, genetische und sozialer Elternschaft zu unterscheiden. In der Konsequenz führen die Möglichkeiten der „Reprogenetik“ aber nicht nur zu einer Differenzierung von genetischer und sozialer Elternschaft – und damit für die Eltern auch zu der Frage, wie sie mit den Entstehungsbedingungen ihrer Elternschaft im Familienleben umgehen, sondern – mit Fortschreiten der Wahlmög-

lichkeiten im Hinblick auf erwünschte kindliche Merkmale – auch zu einer weiteren Individualisierung von Elternschaft (Kettner 2001).

Vieles in der beschriebenen Entwicklung suggeriert, dass Elternschaft heute mit viel größeren Freiräumen eingegangen und gelebt werden kann als früher. Mit Blick auf das Ausmaß an Institutionalisierung, Heiratsbeschränkungen, moralische Sanktionierung nicht leitbildgerechten Verhaltens oder auch den Anteil individueller Entscheidungen bei der Partnerwahl stimmt das sicher. Die Entlassung aus standardisierten Paar- und Elternschaftskonzeptionen hat aber auch dazu geführt, dass Eltern z. T. erhebliche Leistungen für die alltägliche Gestaltung ihres Paar- und Familienlebens erbringen müssen (s. dazu z. B. die Studie der Konrad-Adenauer-Stiftung „Eltern unter Druck“, Borchard u. a. 2008). In vielen Fällen ist die Quelle des empfundenen Drucks im Auseinanderklaffen von Leitbildern und praktischem Alltag zu sehen.

Im nächsten Abschnitt wird es zunächst darum gehen, aktuelle Elternschaft kurz in Zahlen dazustellen. Der Folgeabschnitt wird sich dann mit Einstellungen und Werten zur Elternschaft beschäftigen.

3 Elternschaft in Zahlen

2014 lebten in Deutschland in 8,06 Mio. Haushalten minderjährige Kinder. 5,6 Mio. der Familien waren Ehepaarfamilien, 1,64 Mio. alleinerziehend und 833.000 waren Lebensgemeinschaften (Hammes 2013: 787ff.). D. h. etwa ein Fünftel aller Familienhaushalte (nicht nur derjenigen mit minderjährigen Kindern) waren 2012 Alleinerziehende (2,7 Mio.). Bei 90 % der Alleinerziehenden mit minderjährigen Kindern handelte es sich um Mütter (ebd.: 790f.). Wenn auch in der amtlichen Statistik meistens minderjährige Kinder im Fokus stehen, so ist doch zu beachten, dass immerhin 30 % der 25-Jährigen 2012 in Westdeutschland noch im elterlichen Haushalt lebten, in Ostdeutschland waren es 25 %. Dabei verlassen Töchter den elterlichen Haushalt deutlich früher als Söhne (ebd.: 793). Wird hierbei nach dem religiösen bzw. konfessionellen Hintergrund differenziert, so kann festgestellt werden, dass v. a. Katholikinnen länger im Elternhaus wohnen als z. B. konfessionslose Frauen (Weik 2015).

Durchschnittlich hatten Mütter, die 2012 etwa 40 Jahre alt waren, 2 Kinder (Statistisches Bundesamt 2013: 3). Im Gesamtdurchschnitt der Familienhaushalte mit Kindern unter 18 Jahren waren es im selben Jahre 1,6 Kinder (ebd.: 793).

Bei der Geburt des ersten Kindes waren die meisten Frauen im Jahr 2012 30 Jahre alt und mehr als die Hälfte aller ersten Geburten entfiel auf einen Alterszeitraum zwischen 26 und 33 Jahren (Statistisches Bundesamt 2013a: 20). Nur noch leicht über die Hälfte der Geburten waren 2012 eheliche Geburten: 56 %. (Westdeutschland: 62 %, Ostdeutschland: 26 %). In Westdeutschland überwiegt der Anteil nichtehelicher Geburten bei den Frauen bis zu einem Alter von 23 Jahren, danach ist die Mehrheit der westdeutschen Mütter verheiratet. Noch immer gibt es einen Zusammenhang zwischen dem vergleichsweise niedrigem Erstgeburtsalter und der späteren Gesamtzahl der Kinder einer Frau: Je mehr Kinder eine Frau im Laufe ihres Lebens geboren hat, desto jünger war sie bei der Geburt ihres ersten Kindes (ebd.: 21).

Zweite Geburten erfolgen dann zur Hälfte (Median) innerhalb eines Zeitraumes von etwas mehr als 3 Jahren. Schon nach bis zu zwei Jahren nach der ersten Geburt kamen nur 17,7 % der 2012 geborenen zweiten Kinder zur Welt und innerhalb von drei Jahren 44,2 % (ebd.: 23).

Der Anteil der Scheidungen an den Eheauflösungen (neben Tod sowie Aufhebung und Nichtigkeit) lag zwischen 2003 und 2013 zwischen 39,1 % und 32,2 % (Statistisches Bundesamt 2014: 8). In mehr als der Hälfte der Fälle waren auch minderjährige Kinder betroffen (ebd.: 12). Mit der Kindschaftsrechtsreform des Jahres 1998 ist das gemeinsame Sorgerecht der Eltern als Regelfall eingeführt worden. In 77 000 der rund 82 300 Scheidungen im Jahr 2010 (94 %), bei denen minderjährige Kinder betroffen waren, verblieb das Sorgerecht entsprechend zunächst bei beiden Elternteilen, da weder Vater noch Mutter einen Antrag auf alleinige Sorge gestellt hatten. Wenn danach die Familiengerichte auf Antrag die Sorgeregelungen ändern, spricht man von isolierten oder abgetrennten Sorgerechtsentscheidungen. Das waren im Jahr 2010 29 400. Hier sind aber auch Sorgerechtsverfahren erfasst, die auf Antragstellung durch die Jugendämter bei vermuteter Kindeswohlgefährdung zurückgehen. Dabei sprachen die Gerichte 2010 „in 44 % der Fälle der Mutter, in 15 % dem Vater und in 28 % Dritten (etwa Großeltern oder dem Jugendamt) das Sorgerecht zu. In 11 % wurde auf gemeinsames Sorgerecht entschieden und in 2 % gab es für die gemeinsamen Kinder abweichende Zuständigkeiten“ (ebd.: 10).

Das DJI führte eine Studie zur gemeinsamen Sorge und Multilokalität von Familien durch. Dabei zeigte sich, dass v. a. ältere Kinder und Jugendliche sich oft gut mit dem Leben in zwei Elternhäusern (Wechselmodell) arrangieren können,

sofern die Rahmenbedingungen stimmen (Jurczyk/Walper 2013). Dabei ist eine stabile und möglichst konfliktfreie Organisation der Sorgepraxis wichtig. Zu im Prinzip ähnlich positiven Bewertungen des Wechselmodells kam eine international vergleichende rechtswissenschaftliche Studie (Sünderhauf 2013). In Schweden z. B., wo das Wechselmodell seit 2006 auch gegen den Willen eines Elternteils gerichtlich festgelegt werden kann, wird etwa ein Drittel aller Kinder (und sogar 50 % der 6-9jährigen) danach betreut (ebd.). Mittlerweile gibt es auch in Deutschland vereinzelt richterliche Anordnungen des Wechselmodells, die mit der Möglichkeit des Aufbaus einer emotionalen Bindung zu beiden Elternteilen und der Vermeidung von Loyalitätskonflikten für die Kinder begründet werden.

Die Mehrheit der Familiengerichte sieht jedoch bisher die Schwierigkeiten der alltäglichen Umsetzung eines 50:50-Modells der Betreuung. Die Kinderrechtskommission des Deutschen Familiengerichtstages betonte daher im Jahr 2014, dass es nur ein Modell für eine sehr kleine Gruppe von Eltern sein kann (Kinderrechtskommission 2014: 4). „Die Forschungslage zum Wechselmodell warnt davor, dieses Modell als allgemein günstig anzusehen. Formuliert werden Bedenken z. B. bei häufig abwechselnden Übernachtungen von Kleinkindern oder wenn Eltern nicht miteinander kooperieren oder nicht bereit sind, das Modell flexibel auf sich verändernde Bedürfnisse des Kindes oder der Eltern auszurichten, oder wenn die Wohnorte weit auseinanderliegen oder schließlich, wenn dieses Betreuungsmodell gegen den Willen zumindest eines Elternteils angeordnet wird“ (ebd.: 6). Dennoch fordert die Kommission den Gesetzgeber auf, den „grundsätzlichen Regelungsprimat gemeinsam sorgeberechtigter, aber getrennt lebender Eltern rechtlich auszugestalten“ (ebd.: 23).

Angesichts der großen Zahl von Trennungen und Scheidungen, bei denen Kinder betroffen sind, bringt die konkrete Ausgestaltung der elterlichen Sorge für den Alltag des Familienlebens u. U. aber große Herausforderungen mit sich.

In der Folge von Trennung und Scheidung bilden sich u. U. Stief- bzw. Patchworkfamilien. Mehr als die Hälfte der Alleinerziehenden nach Trennung/Scheidung lebt weniger als fünf Jahre allein, jede fünfte alleinerziehende Phase ist sogar kürzer als zwei Jahre und jede vierte kürzer als drei Jahre. In mehr als der Hälfte der Fälle wird mit einem neuen Partner zusammengezogen (Ott/Hancioglu/Hartmann 2011: 16f.). Die amtliche Statistik erhebt zwar alle Kinder im Haushalt, unterscheidet aber nicht nach ihrem Status (z. B. Stief-, Adoptiv- oder Pflegekinder). Zieht man Befragungsdatensätze wie den DJI-Familien-

survey, den Generations and Gender Survey (GGS) oder das Survey Aufwachsen in Deutschland: Alltagswelten (AID:A) heran, so ergeben sich Anteile zwischen 7 und 13 % Stief- und Patchworkfamilien unter den Familienhaushalten (BMFSFJ 2013: 9). Das Familienleben dieser Familien wird u. a. von ihrer Multilokalität (zwischen leiblichen und sozialen Elternteilen) und der Tatsache beeinflusst, dass – zumindest in Patchworkfamilien – die Zahl der Kinder größer ist als im Durchschnitt der Familien. Deutlich höher als bei Kernfamilien ist der Anteil der Zweiverdienerfamilien, das gilt verstärkt für Ostdeutschland (ebd.: 15).

Wesentlich für die Realität von Elternschaft in allen Familien sind die gelebten Muster der Arbeitsteilung zwischen Erwerbstätigkeit und Familienarbeit. Nach wie vor schränken v. a. jüngere Mütter in Westdeutschland ihre Erwerbstätigkeit deutlich ein. Nur 31 % der Mütter mit einem jüngsten Kind unter drei Jahren waren 2013 aktiv erwerbstätig. Mütter von Kindergartenkindern (jüngstes Kind drei bis fünf Jahre) waren schon zu 63 % wieder erwerbstätig und wenn das jüngste Kind die Grundschule besuchte, stieg der Anteil auf 68 %. Bei 15- bis 17-jährigen Kindern schließlich beträgt er 74 % (Haustein/Keller 2014: 736).

Erst mit etwa 40 Jahren erreicht das Ausmaß an aktiver Erwerbstätigkeit von Müttern wieder den Anteil kinderloser Frauen und erlangt mit über 70 % im Altersjahrzehnt zwischen 40 und 50 den Höchststand (Haustein/Keller 2014: 734). Väter dagegen sind durchgängig in höheren Anteilen erwerbstätig als kinderlose Männer. Ihre Erwerbstätigenanteile erreichen ab 35 Jahren – dem Alter, in dem typischerweise heute Familien gerade gegründet wurden – den Höchststand (34- bis 50-jährige Väter sind zwischen 84 % und 88 % erwerbstätig) (ebd.: 735).

Noch immer gibt es deutliche Unterschiede der Erwerbstätigenquoten von Müttern und Vätern im Vergleich zwischen Ost- und Westdeutschland. Das gilt insbesondere für Mütter mit kleineren Kindern: 2013 betrug der Anteil erwerbstätiger Mütter mit Kindern im Krippenalter in Westdeutschland 30 %, in Ostdeutschland 36 %. Die Erwerbstätigenquoten der Väter sind dagegen unabhängig vom Alter des jüngsten Kindes in Westdeutschland höher als in Ostdeutschland (ebd.: 736f.). Im Ost-Westvergleich sind v. a. die Betreuungsquoten von Kindern von Bedeutung: So standen sich z. B. im März 2013 bei den unter drei Jahren alten Kindern eine Ganztagsbetreuungsquote von 10,4 % in Westdeutschland und 37,3 % in Ostdeutschland gegenüber (ebd.: 737).

Zwar ist damit im letzten Jahrzehnt ein deutlicher Anstieg der Müttererwerbstätigkeit festzustellen, dies geschieht aber bei kleinen Kindern und in Mehrkinderfamilien v. a. in Westdeutschland sehr oft in Teilzeit. Höher qualifizierte Mütter sowie Mütter in Ostdeutschland sind dagegen öfter vollzeiterwerbstätig (BMFSFJ 2015: 42).

Werden die geschlechterbezogenen Erwerbsarbeitszeitarrangements im Rahmen von Arbeitnehmendenbefragungen betrachtet, so zeigen sich die Unterschiede noch einmal deutlich: Einer im Auftrag des BMAS durchgeführten repräsentativen Befragung von abhängig Beschäftigten zufolge haben 85 % der Männer ein Arbeitszeitkontingent von 35 bis 40 Stunden, nur 7 % leisten weniger Arbeitsstunden, etwa gleich viele Männer arbeiten mehr als 40 Stunden und 1,5 % sogar mehr als 50 Stunden. Dagegen arbeitet rund die Hälfte der weiblichen Angestellten und Arbeiterinnen weniger als 35 Stunden, 47,9 % haben eine Arbeitszeit von 35 bis 40 Stunden und nur etwa 2 % von mehr als 40 Stunden (BMAS 2015: 44). Vor dem Hintergrund dieser gelebten Erwerbsarbeitsarrangements, in denen Frauen ihre Erwerbsarbeitszeit zugunsten von Familienarbeit reduziert haben, verwundert es dann im Hinblick auf die Frage nach der Zufriedenheit mit der Vereinbarkeit von Familie und Beruf auch nicht, dass Frauen eine höhere Zufriedenheit angeben als Männer und sogar doppelt so häufig wie Männer die höchste Punktzahl auf der Zufriedenheitsskala vergeben (BMAS 2015: 59). Aufgrund der oft immer noch schwierigen Rahmenbedingungen von Vereinbarkeit zwischen Beruf und Familie scheint das heute am häufigsten gelebte Erwerbsarbeitsarrangement der väterlichen Voll- und der mütterlichen Teilzeiterwerbstätigkeit in vielen Fällen scheinbar das einzig wählbare zu sein. Unter den gegebenen Umständen scheint es auch zur Arbeitszufriedenheit der Frauen mit Familienpflichten beizutragen. In eine ähnliche Richtung weisen auch Analysen von SOEP-Daten. So lässt sich zeigen, dass bei Paaren mit der Kombination „Mann Vollzeit und Frau Teilzeit“ das Trennungsrisiko im Vergleich zu einem Normalarbeitsverhältnis der Frau leicht niedriger ist (allerdings nicht signifikant). Dieser Effekt der Reduzierung des Trennungsrisikos ist bei geringfügig beschäftigten Ehefrauen, deren Ehemann Vollzeit beschäftigt ist, noch stärker. Mit Blick auf unterschiedliche Beschäftigungskonstellationen zeigt sich für Ehen allerdings dieser Effekt auch bei der Konstellation „Frau normalbeschäftigt, Mann atypisch³ be-

³ Unter atypische Beschäftigung wurden gefasst: unbefristete Teilzeit, Zeitverträge, Leiharbeit und geringfügige Beschäftigung.

schäftigt“ gegenüber der Konstellation „beide normalbeschäftigt“ und zwar als signifikant reduziertes Trennungsrisiko (FFP 2015: 5f.). Diese Ergebnisse können allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, dass die meisten Frauen sich andere Arbeitsvolumina wünschen, d. h. in höherem Umfang und mit erhöhten Stundenanteilen berufstätig wären (BMFSFJ 2015: 47).

Elterliche Erwerbstätigkeit steht und fällt mit der Möglichkeit einer Betreuung für die Kinder. In der Folge des Kinderförderungsgesetzes (2008) gibt es seit 2013 ein Recht auf einen Betreuungsplatz auch für unter Dreijährige, nachdem 1996 das Recht auf den Kindergartenplatz verankert worden war. Fast ein Drittel der Kinder unter drei Jahren wurde am Stichtag 1. März 2014 in Kindertageseinrichtungen oder in der öffentlich geförderten Kindertagespflege betreut. Damit stieg die Betreuungsquote der unter Dreijährigen von 17,6 % im Jahr 2008 auf 32,3 % im Jahr 2014. Der Anteil der Zweijährigen lag 2014 bei 34,6 %, der der Dreijährigen bei 59,7 %. Die Betreuungsquote der unter Einjährigen liegt sehr niedrig bei weniger als 3 % (BMFSFJ 2015a: 2ff.). Der Ausbau der Kinderbetreuungsinfrastruktur hat im Verbund mit der Einführung des Elterngeldes ab 2007 recht deutliche Wirkungen auf das Erwerbsverhalten von Eltern gezeigt. Insbesondere die Mütter steigen nach der Geburt deutlich früher wieder in das Erwerbsleben ein als zuvor. Zudem arbeiten sie häufiger in größerem Stundenumfang. Insbesondere höher qualifizierte Mütter, Mütter, die vor der Geburt in Vollzeit gearbeitet hatten, Selbstständige sowie Mütter aus Haushalten mit niedrigem Einkommen haben heute kürzere Berufsausstiege (BMFSFJ 2015: 47f.). Eine nicht zu unterschätzende Bedeutung im Hinblick auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf spielen neben den staatlich garantierten Betreuungsangeboten die Großeltern. Insbesondere in der Kombination von Teilzeiterwerbstätigkeit und Kinderbetreuung springen sie oft dort ein, wo institutionelle Angebote nicht flexibel genug sind (Adam/Mühling u. a. 2014).

U. a. mit der familienarbeitsbedingten Reduzierung der Erwerbsarbeit hängt ein reduziertes Einkommen der Familienhaushalte zusammen. Dabei sind die Effekte, die die oft gewählte Teilzeittätigkeit oder geringfügige Beschäftigung für das Alterseinkommen (v. a. wenn es zu einer Trennung oder einer Scheidung vom „Haupternährer“ kommt) hat, noch nicht berücksichtigt. Im Durchschnitt hatten Familienhaushalte (Paare und Alleinerziehende) im Jahr 2013 einen Betrag von 3.671 € (Einkommen und Einnahmen brutto) zur Verfügung (Statistisches Bundesamt 2015: 32). Bei Alleinerziehenden mit einem Kind waren es 1.316 €, bei Paaren mit einem Kind 4.034 €. Waren zwei oder mehr Kinder im Haushalt, so

hatten Alleinerziehende 1.294 €, Paare mit zwei Kindern 4.455 € und 4.118 € bei drei und mehr Kindern. Üblicher Weise wird allerdings nicht das Haushaltsbruttoeinkommen miteinander verglichen, sondern das bedarfsgewichtete Nettoäquivalenzeinkommen, das Einspareffekte des gemeinsamen Haushaltens und Wohnens berücksichtigt.⁴ Hier ergeben sich die folgenden Werte (berechnet für Kinder unter 14 Jahren):

- Alleinerziehende mit einem Kind: 1.012 €
- Paare mit einem Kind: 2.241 €
- Alleinerziehende mit zwei Kindern: 809 €
- Paare mit zwei Kindern 2.221 €
- Alleinerziehende mit drei Kindern 693 €
- Paare mit drei Kindern 1.716 €.

Betrachtet man nun die Verteilung der Einkommen bei Paarfamilien im Hinblick auf die vom/von der Haupteinkommensbezieher/in und vom/von der Ehe- bzw. Lebenspartner/in erzielten Einkommensanteile, so zeigt sich deren Abhängigkeit von Kinderbetreuungsaufgaben recht deutlich: bei einem Kind ist das Verhältnis 2.955 €: 1.073 €, bei zwei Kindern 3.389 €: 1.055 € und bei drei und mehr Kindern 3.383 €: 723 € (ebd.: 32).

Der Vierte Armuts- und Reichtumsbericht referierte 2013 eine Armutsrisikoquote für Kinder von 15,6 % (BMAS 2013: 109).⁵ Unter die Armutsrisikoquote fällt derjenige Teil der Bevölkerung bzw. der Referenzgruppe darin, der weniger als 60 % des mittleren Einkommens (Median) zur Verfügung hat. Insbesondere zwei Faktoren wurden für ein erhöhtes Armutsrisiko ausgemacht: der Status des Alleinerziehens einerseits und die Erwerbsbeteiligung der Eltern (ebd.: 111). In Paarfamilien dagegen ist eine deutlich niedrigere Armutsrisikoquote von (minimal) 7,1 % zu konstatieren (ebd.: 112). Erhebliche Bedeutung für die Reduzierung der Armutsrisikoquote von Kindern unter 18 Jahren und damit für die ökonomische Sicherung der Familie haben die familienpolitischen Leistungen. Sie bewirkten zur Zeit der Erstellung des Vierten Armuts- und Reichtumsberichtes eine Reduzierung von 33 % auf 15,6 %. Unter Einbezug der Familienhaushalte,

⁴ Dabei wird durch die Zahl der Haushaltsmitglieder geteilt, wobei der erste Erwachsene mit dem Gewicht 1, Kinder unter 14 Jahren mit dem Gewicht 0,3 und weitere Personen über 14 Jahren mit dem Gewicht 0,5 eingehen.

⁵ Dabei wurde allerdings darauf hingewiesen, dass sich bei anderen als der hier gewählten Datenquelle (EU-SILC) auch Werte bis zu 20,3 % ergeben können.

die unterhalb der Armutsgrenze leben und zusätzlich derjenigen, die SGB-II beziehen, ergibt sich das folgende Bild: „Insgesamt drei Viertel der betrachteten Kinder leben in gesicherten Einkommensverhältnissen (75,8 %), also in Haushalten, die zum Befragungszeitpunkt der siebten Welle (2013)⁶ weder einen SGB-II-Bezug berichten noch einkommensarmutsgefährdet waren (...). Bei knapp einem Viertel der Kinder sind die Familien zum Interviewzeitpunkt in 2013 nach eigenen Angaben zumindest teilweise auf Grundsicherungsleistungen angewiesen und/oder von Einkommensarmut betroffen“ (Tophoven/Wenzig/Lietzmann 2015: 9). Auch hier ergibt sich ein klarer Zusammenhang zwischen Erwerbsstatus der Eltern und Armutsgefährdung der Familie. Für die Eltern sind mit der Armut bzw. Armutsgefährdung besondere Herausforderungen verbunden. Sie verfügen nicht nur über geringe materielle Ressourcen für das Familienleben, oft gehen mit der Armut auch deutlich eingeschränkte Teilhabechancen in vielen Bereichen des Lebens einher. Eltern müssen diese Knappheitserfahrungen dann erklären und wollen ihren Kindern trotz der materiellen Mangelsituation als Vorbilder dienen. In ihrer Gestaltungsfähigkeit von Familienleben sind sie deutlich eingeschränkt (mehr dazu Andresen/Galic 2015).

In der Zusammenschau ergibt sich also eine große Zahl unterschiedlicher Familienformen, die nicht zuletzt auch Einfluss auf die jeweilige ökonomische Situation der Familien hat. Erwerbstätigkeit wird stark mehrheitlich als Kombination zwischen Hauptnährer und Zuverdienerin gelebt, Teilzeiterwerbstätigkeit von Müttern setzt deutlich früher ein und ist breiter vertreten als noch vor einem Jahrzehnt. Von Armut betroffen sind Kinder schwerpunktmäßig, wenn die Eltern nicht erwerbstätig sind und in Haushalten Alleinerziehender. Über die Hälfte der von Scheidung/Trennung betroffenen Kinder erleben vergleichsweise schnell (innerhalb von fünf Jahren danach) das Zusammenziehen mit einem neuen Partner bzw. einer neuen Partnerin und damit die Gründung einer Stief- bzw. Patchworkfamilie.

⁶ Gemeint ist die siebte Welle von PASS (Panel "Arbeitsmarkt und soziale Sicherung" des IAB).

4 Elternschaft in Leitbildern

Familienleben ebenso wie Familienpolitik sind vielleicht stärker als alle anderen Lebens- und Politikbereiche von Leitbildern geprägt. Nicht selten haben die Leitbilder nur wenig mit der aktuellen Realität zu tun und/oder zeigen diese Leitbilder sich unfähig auf die Änderung der sozialen Realität zu reagieren. In der Politik haben sie durchaus zuweilen dogmatische Qualität und lassen dennoch eine systematische Verankerung in überzeugenden Orientierungsmustern vermissen. Leitbilder sind von großer Bedeutung für jedes Individuum, sie dienen als Orientierungsgrundlage zwischen Gut und Böse, zwischen richtig und falsch. Sie drücken im sozialen Miteinander Erwartungen aus und haben somit eine soziale Ordnungsfunktion. Familienleitbilder vermitteln ideale Vorstellungen von Rollen, Verhalten und Werten. Sie beziehen sich ebenso auf strukturelle Aspekte, d. h. auf die ideale Zusammensetzung von Familien als auch auf prozessuale. Hier werden Vorstellungen vom Ablauf des Familienlebens, von idealen Familiengründungszeiten, von der günstigsten Abfolge unterschiedlicher Phasen und im Hinblick auf die Verteilung bestimmter Aufgaben vermittelt (Diabaté/Ruckdeschel/Schneider 2015: 13). Dabei ist zu fragen, welche Leitbilder tatsächlich für gelebtes Familienleben gelten, wie sie sich von denjenigen unterscheiden, die in der Umwelt vermutet werden und wie zu verstehen ist, dass akzeptierte Leitbilder sich im Widerspruch zu der Realität der gelebten Familie befinden.

Das Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (BiB) führte 2012 eine Befragung zu Familienleitbildern unter 5.000 20- bis 39-Jährigen in Deutschland durch (Schneider/Diabaté/Ruckdedeschel 2015). Dabei wurden sowohl in der Gesellschaft vermutete als auch persönliche Leitbilder zur Familie abgefragt. Erstaunlich war dabei, dass sich teilweise sehr starke Unterschiede zwischen persönlichen und gesellschaftlich vermuteten Leitbildern ergaben. So stimmten z. B. nur 28,9 % der Befragten im Hinblick auf ihr persönliches Leitbild dem Argument zu: „Ein Mann muss seine Familie allein ernähren können“, 75,4 % vermuteten allerdings, dass die Mehrheit der Menschen in Deutschland diesem Argument zustimmen würde. Ähnliche Diskrepanzen zeigten sich hinsichtlich der Vorstellungen zu Mutterschaft und zu kinderreichen Familien (Lück/Naderi/Ruckdeschel 2015: 39).

Insgesamt wurden in der Studie drei Elternschaftstypen identifiziert: Ein Leitbild der komplementären Elternrollen mit einem männlichen Haupternährer und einer

hauptsächlich für Kinder und Haushalt zuständigen Frau (Items z. B. „Mütter sollten nachmittags Zeit haben, um ihren Kindern beim Lernen zu helfen“ oder „Es liegt nicht in der Natur des Mannes, Hausmann zu sein“). Dies wird ergänzt durch ein Leitbild der kindorientierten Mutter, die in vielem auch Inhalt des ersten Leitbildes ist, in dem aber darüber hinaus die mütterliche Erwerbstätigkeit vollständig abgelehnt wird. Als drittes Leitbild konnte das der kindzentrierten Erziehungsarbeit identifiziert werden. Es ist von der Vorstellung der verantworteten Elternschaft geprägt, die möglichst egalitär ausgeübt werden sollte und auch Arbeitszeitreduzierungen für den Vater miteinschließt (Items z. B.: „Väter sollten für ihre Kinder beruflich kürzertreten“ oder „Eltern können bei der Erziehung vieles falsch machen, daher müssen sie sich gut informieren“) (Diabaté/Lück/Schneider 2015: 252f.). Insbesondere die Betrachtung des komplementären im Vergleich zu dem von einer kindzentrierten Erziehungsarbeit geprägten Leitbild zeigt interessante Ergebnisse:

Auf ihre Verbreitung als persönliches Leitbild hin untersucht, ergab sich – auf einer Viererskala gemessen – für das Leitbild der komplementären Elternrollen eine Zustimmung von nur 31 %, 69 % der Befragten lehnten es dagegen ab (ebd.: 253). Dem Leitbild der kindzentrierten Erziehungsarbeit hingegen stimmten 64,5 % der Befragten zu und 35,5 % lehnten es ab (ebd.: 245). Allerdings überwiegen bei beiden Elternleitbildern mittlere Zustimmungswerte. Nur 51,2 % der Befragten zeigten konsistente Elternschaftsleitbilder, 22,2 % stimmten beiden Leitbildern zu und 26,7 % lehnten beide ab (ebd.: 254f.). Dies kann als teilweise Verunsicherung vieler Menschen interpretiert werden, insbesondere die Frage der Entscheidung für ein egalitäres oder ein komplementäres Verständnis von Elternrollen scheint für viele Menschen nicht eindeutig zu beantworten zu sein. Wird in einem weiteren Analyseschritt danach geschaut, wie sich die Leitbilder im Hinblick auf bestimmte Merkmale unter den Befragten verteilen, so zeigt sich, dass die Zustimmung zum Leitbild der komplementären Elternrollen im Hinblick auf die Merkmale Geschlecht und Alter keine Unterschiede aufweist, im Hinblick auf den Wohnort in Ostdeutschland oder Westdeutschland jedoch erhebliche (19,8 gegenüber 33,9 %). Mit dem Bildungsgrad nimmt die Zustimmung deutlich ab (niedrig: 43,8 %, mittel 33,8 %, hoch: 20,6 %). Und wenn ein Migrationshintergrund vorhanden ist, ist die Zustimmung zum Leitbild der komplementären Elternschaft mit 42,1 % deutlich höher als bei Befragten ohne Migrationshintergrund (27,5 %) (ebd.: 255). Im Hinblick auf das Leitbild der kindzentrierten Erziehungsarbeit als persönlich gültigem, dem die Befragten im

Durchschnitt zu 64,5 % zustimmen, zeigen sich nach unterschiedlichen sozialstrukturellen Merkmalen andere Differenzen: Ihm stimmen 72,5 % der Männer, jedoch nur 56,1 % der Frauen zu und bei der Differenzierung nach dem Bildungsgrad nimmt die Zustimmung ebenfalls mit wachsender Bildung ab (niedrig: 74,1 %, mittel: 64,4 %, hoch: 63,6 %). Ein Unterschied zwischen ost- und westdeutscher Bevölkerung war hingegen gar nicht (64,0 % und 64,7 %) und bezüglich des Vorhandenseins eines Migrationshintergrundes kaum (mit: 66,5 %, ohne: 63,9 %) festzustellen (ebd.: 257).

Bei der Frage nach dem vermuteten gesellschaftlich gültigen Elternleitbild zeigten sich deutliche Abweichungen von der Zustimmung zu einem der Leitbilder im persönlichen Bereich: 56,6 % der Befragten halten das Leitbild der komplementären Elternrollen für gesellschaftlich am weitesten verbreitet, 69,8 % tun dies für das Leitbild der kindzentrierten Erziehungsarbeit. Auch hier wurde eher im Mittelbereich als in Extrempositionen geantwortet. Fest steht jedoch, dass beide Elternleitbilder als verbreiteter eingeordnet werden als sie persönliche Gültigkeit haben. Im Hinblick auf die soziostrukturelle Differenzierung der Zustimmungswerte ergaben sich keine großen Abweichungen. Die Gültigkeit der komplementären Elternrolle wurde etwas stärker von Frauen als von Männern als gesellschaftlich verbreitet angesehen (59,8 % zu 53,5 %), und Westdeutsche hielten seine Verbreitung öfter für wahrscheinlich als Ostdeutsche (58,0 % zu 51,0 %). Etwas größere Differenzen gab es im Hinblick auf das Leitbild der kindzentrierten Erziehung. Das Leitbild wird von geringer gebildeten Menschen eher wahrgenommen als von höher gebildeten (Bildung gering: 81,4 %, mittel: 70,8 %, hoch: 64,1 %). Und schließlich nehmen Menschen mit Migrationshintergrund das Leitbild der kindzentrierten Erziehungsarbeit etwas häufiger als weiter verbreitet wahr, als solche ohne Migrationshintergrund (mit: 74,2 %, ohne: 68,5 %) (ebd.: 262).

Im Ergebnis der Studie zeigten sich recht deutliche Abweichungen zwischen den persönlich präferierten Leitbildern und denjenigen, die mehrheitlich in der deutschen Gesellschaft vermutet werden. Es zeigten sich aber auch Abweichungen zwischen den Leitbildern und der selbst gelebten Form von Elternschaft und Arbeitsteilung. Letzteres gilt insbesondere für die persönliche Präferenz egalitärer Elternschaftsmodelle und die gelebte Arbeitsteilung zwischen Hauptverdiener und Zuverdienerin. Auch wenn das Leitbild der komplementären Rollen vorhanden ist, gibt es Abweichungen in größerer Zahl, d. h. gelebt wird in diesen Familien das Zweiverdienermodell. Erklärend ist in diesen Fällen die Einkommenssi-

tuation: Auf ein zweites Einkommen kann nicht verzichtet werden (ebd.: 264). Zwar ist das Leitbild der kindorientierten Erziehungsarbeit das sowohl persönlich als auch gesellschaftlich am weitesten verbreitetste, ihm wird aber extrem selten besonders eindeutig zugestimmt. Auch die Tatsache, dass ein erheblicher Teil der Befragten sowohl dem einen als auch dem anderen Leitbild zustimmen kann, deutet darauf hin, dass die Orientierungsfunktion der Leitbilder in Bewegung geraten ist und dass eine nennenswerte Unsicherheit bei den Eltern vorhanden ist.

Eine Studie der Konrad-Adenauer-Stiftung mit dem Titel „Eltern unter Druck“ beschrieb das Spannungsverhältnis zwischen Leitbildern und deren Umsetzungsmöglichkeiten und beleuchtete es sowohl vor den wahrgenommenen hohen Ansprüchen an Elternschaft als auch hinsichtlich der objektiv gestiegenen Anforderungen. Dort wurde resümiert: „Ein Leben mit Kindern bedeutet heute nicht nur Sinn und Glück, sondern auch Spagat, vielfache Spannungen und oft auch das Gefühl von Ungenügen. Familiäre Werte stehen dem Leitbild der wettbewerbsorientierten Wirtschaft entgegen, in der sich jeder Einzelne als Wettbewerbsteilnehmer begreifen muss. (...) Eltern gehobener Milieus haben die Herausforderungen angenommen und versuchen ihre Kinder zu fördern und ihnen optimale Startchancen für ihr Leben zu geben. Von diesen engagierten Eltern setzt sich etwas über ein Fünftel der Eltern ab, die aus bildungsfernen Milieus am unteren Rand der Gesellschaft stammen. Sie erleben einen existentiellen finanziellen Druck aufgrund ihrer ungesicherten Arbeitsplätze und ihrer Arbeitslosigkeit, doch müssen sie sich auch mit ihren bildungsmüden Kindern auseinandersetzen, die ihrerseits kaum auf kulturelle Ressourcen und Motivationskompetenz ihrer Eltern zurückgreifen können. Schulprobleme, intensiver Medienkonsum und hohe Konsumausgaben münden in diesen Milieus oftmals in Erziehungsprobleme und Überforderung der Eltern“ (Henry-Huthmacher 2008: 23f.).

Das größte Problem in der Realität von Elternschaft ist heute jedoch der Zeitmangel. Schon der Siebte Familienbericht hatte 2006 auf die Notwendigkeit der Neu-Austarierung der Familienpolitik in den Steuerungs- und Förderbereichen von Zeit, Geld und Infrastruktur hingewiesen (BMFSFJ 2006: 206ff.). Im Rahmen einer Familienbefragung für den NRW-Familienbericht 2015 stufen die Familien Zeitmangel als den größten Problembereich unter insgesamt sechs

Bereichen⁷ ein (MFKJKS 2015: 165ff.). Dabei geht es zum einen darum die Zeitbedarfe von doppelter elterlicher Erwerbsarbeit mit denjenigen der Familien- und Hausarbeit (neu) abzustimmen, aber auch darum Paar-, Familien- und Eigenzeiten zu ermöglichen und möglichst bewusst zu gestalten.

Wie die Leitbildstudie des BiB gezeigt hat, ist die Verunsicherung insbesondere im Bereich der Geschlechterrollen, d. h. die Vater- und Mutterrolle betreffend, sehr groß. Rollenmuster in Paarbeziehungen und Elternschaft werden heute stärker auf die gesamte Familie bezogen, bestehende Vorstellungen zu Vaterschaft und Mutterschaft werden teilweise hinterfragt und neue Orientierungsmuster gesucht (Kapella/Rille-Pfeiffer 2011: 11). Die Rolle des Vaters wird oft nicht mehr auf die traditionelle Versorgerfunktion begrenzt, sondern um eine aktive Verantwortung bei der Betreuung und Erziehung der Kinder erweitert (so schon BMFSFJ 2005: 29ff.). Der schon seit einigen Jahren in der Wissenschaft wie in der öffentlichen Diskussion identifizierte „neue“ Vater wird mit dem Begriff des „aktiven“ oder auch „modernen“ Vaters beschrieben. Dabei ist allerdings festzustellen, dass trotz der Vielzahl der wissenschaftlichen Literatur zu diesem Thema keine einheitliche Definition zu dem „oftmals schwammigen Begriff“ (Possinger 2013: 26) existiert. Auf der Einstellungsebene zeigen verschiedene Studien, dass ein bedeutsamer Teil der befragten Männer grundsätzlich einen Wandel der Väterrolle befürwortet oder sogar verinnerlicht hat (z. B. Institut für Demoskopie Allensbach 2005, Forsa 2011, Väter gGmbH 2012). So finden laut einer Forsa-Umfrage aus dem Jahr 2011 68 % der befragten Väter, dass ein guter Vater durch sein Einkommen dafür sorgt, dass es der Familie gut geht. Neben diesem eher traditionellen Aspekt der Vaterschaft heißt ein guter Vater zu sein, für 57 % der befragten Väter auch, dass er sein Baby regelmäßig wickelt und füttert und knapp die Hälfte (48 %) findet, dass ein guter Vater sich Kinderarzttermine mit seiner Partnerin teilt und gelegentlich auch Kinderkleidung kauft. Dieser Wandel zeigt sich auch in der Gesamtbevölkerung. Laut der Vorwerk Familienstudie 2011 verstehen 69 % der Befragten unter einem modernen Mann, „dass er viele Aufgaben im Haushalt und in der Familie übernimmt und in seiner Freizeit viel mit seinen Kindern unternimmt“ (Vorwerk 2011: 67).

Auch die „DJI-Väter-Studie“ und das Dossier „Väter und Familie“ des BMFSFJ aus dem Jahr 2015 weisen auf einen sich aktuell abspielenden Wandel in der

⁷ Abgefragt wurden: Zeitmangel, Geldmangel, gute Kinderbetreuung, passende Wohnung finden, Angebote und Beratung finden, Sicherheit der Wohngegend.

Väterrolle hin, der allerdings an vielen Stellen Reibungspunkte mit der Realität mit sich bringt.

Als die wirkmächtigsten Faktoren auf das Engagement der Väter erwies sich in der DJI-Väterstudie die Erwerbskonstellation der Paare, und insbesondere die tatsächlich geleisteten Arbeitsstunden der Mütter und Väter waren erklärend: Je mehr Arbeits- und Überstunden die Väter leisten, desto geringer fällt ihr Engagement aus, je mehr Arbeitsstunden die Mütter hingegen absolvieren, desto größer ist das Engagement der Väter (DJI 2015: 55). Auch hier zeigten sich eindeutige Widersprüche zwischen Wertorientierung und gelebter Realität: Im Hinblick auf die Frage, wer für die Kinderbetreuung Arbeitszeit reduzieren oder ganz auf Erwerbstätigkeit verzichten sollte, Mütter oder Väter, war die Mehrheit der Väter der Auffassung, es sei egal, ob dies Vater oder Mutter tun. Ausschlaggebend für die gelebten Erwerbskonstellationen, über die mehrheitlich gemeinsam entschieden wurde, waren die Betreuungssituation der Kinder sowie ihre Bedürfnisse. Differenzierungen ergaben sich nach der gelebten familialen Erwerbskonstellation, der Höhe des mütterlichen Einkommens sowie der Zufriedenheit mit der Partnerschaft (ebd.: 93). Bei der Entscheidung über die konkrete Zuständigkeit für Haushalt und Familie oder bezahlte Erwerbstätigkeit spielt die Verhandlungsmacht der Partner/innen (z. B. in der Form von hohem Einkommen) eine große Rolle (dazu genauer Boll/Beblo 2013). Die väterlichen Erwerbsbedingungen sind ein wichtiger Erklärungsfaktor für das Ausmaß des väterlichen Engagements in der Familie: Unter denjenigen, die länger pendeln müssen, in ihrer privaten Zeit häufiger berufliche Aufgaben erledigen und häufiger außerhalb des Hauptwohnsitzes übernachten, befanden sich deutlich mehr „wenig aktive Väter“ als „aktive Väter“ (DJI 2015: 94). In anderen Studien konnten eindeutige Zusammenhänge zwischen (wachsendem) Bildungsniveau und moderner Vaterschaft (hier als aufgeschlossen oder überzeugt bezeichnet) festgestellt werden (Ministerium für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport NRW 2014: 17). Auch hier zeigte sich ein Zusammenhang zum Einkommen der Mütter: Wenn dies (oft auch mit einem hohen bzw. höheren Bildungsabschluss der Mutter verbunden) hoch war, war die Wahrscheinlichkeit einer gelebten modernen Vaterschaft auch hoch (ebd.: 21).

Interessante Ergebnisse zeigte die DJI-Väterstudie im Hinblick auf aktive Vaterschaft und Zufriedenheit. Väter, die aktive Vaterschaft leben, sind zufriedener

mit ihrer Zeitverwendung als die anderen: In sechs aus acht Bereichen zur Zufriedenheit mit der Zeitverwendung⁸, gaben die „aktiven Väter“ mehrheitlich an, dass sie ihre Zeitverwendung gerade richtig finden (DJI 2015: 51). Die Untersuchung wies einen weiteren Zusammenhang nach, der auch nach Kontrolle zahlreicher anderer Faktoren Bestand hat: „Aktive Väter“ zeichnen sich auch durch eine bessere Beziehungsqualität zwischen sich und ihren Kindern und ein funktionaleres Erziehungsverhalten aus (ebd.: 121). Egalitäre Arbeitsteilungsmuster führen dabei eher zu einer höheren Zufriedenheit mit und größeren Freude an der Familie. Ost-Westvergleiche zeigen zudem, dass sie durchaus mit einer ausgeprägten Familienzentriertheit verbunden sein können (Wirth/Tölke 2013).

5 Leitbilder von Elternschaft: Bilanz

Fassen wir an dieser Stelle zusammen, so kann davon ausgegangen werden, dass moderne, d. h. eher egalitäre Elternleitbilder heute in der deutschen Bevölkerung die größte (theoretische) Bedeutung haben. Vermutet wird allerdings von den Menschen eine größere Gültigkeit traditioneller Familienleitbilder. Die Zustimmung zu den Leitbildern geschieht nicht unter vollständigem Ausschluss des jeweilig anderen und auch selten in Extrempositionen. Das kann als Anzeichen dafür gedeutet werden, dass sich Elternleitbilder noch in der Wandlung befinden. Unsicherheit rührt u. a. daher, dass moderne Leitbilder zwar vertreten, aber nicht mehrheitlich gelebt werden. In diesem Zusammenhang spielen die Rahmenbedingungen im Arbeitsleben, die Betreuungssituation sowie das von Vätern und Müttern erzielte Einkommen eine große Rolle, wenn über Arbeitsarrangements zwischen den Eltern entschieden wird. Wenn es gelingt, mehr Egalität in der Elternschaft zu leben, führt das zu einer größeren Zufriedenheit v. a. auch der Väter, zu einer besseren Paarbeziehung sowie zu intensiveren Vater-Kind-Beziehungen, das zeigen mittlerweile viele Untersuchungen. Recht eindeutig ist auch der Wechsel im familienpolitischen Diskurs auszumachen: V. a. die 16. Legislaturperiode hat dazu beigetragen, dass Elternschaftskonzepte in der Politik zunehmend geschlechterindifferent ausformuliert werden, d. h. sowohl Mutter als auch Vater als zuständig für Erwerbstätigkeit und Sorgearbeit eingeordnet werden (dazu auch Ganz 2008). Ein solches zunehmend egalitäres Elternleitbild

⁸ Zeit für Erwerbsarbeit, für gemeinsame Unternehmungen mit der Familie, für Aktivitäten mit Kindern, für Zeit mit der Partnerin ohne Kinder, für das Engagement mit der Schule/Kita und für sich selbst

entspricht dem von der Mehrheit der Bevölkerung in Deutschland persönlich präferierten. Das bedeutet allerdings nicht, dass ein Leitbild quasi en bloc per Politik und Gesetzgebung der Familienpolitik übergestülpt werden kann. Die Zufriedenheit mit der Vereinbarkeit von Familien- und Erwerbsarbeit hängt sehr stark sowohl von der persönlichen Wertbindung als auch von den Rahmenbedingungen von Erwerbsleben und Betreuungsangebot ab und nicht zuletzt – wie die klassische Opportunitätskostentheorie für die Familienpolitik gezeigt hat, von den wählbaren Alternativen zum jeweils gelebten Eltern- und Erwerbstätigkeitsmodell. So konnte z. B. nachgewiesen werden, dass Mütter, die eher ein komplementäres Elternschaftsleitbild vertreten, unzufriedener sein können, wenn sie in Teilzeit statt nicht erwerbstätig sind und der Partner in Vollzeit erwerbstätig ist. Mütter dagegen, die ein egalitäres Elternschaftsleitbild vertreten, sind deutlich zufriedener, wenn sie erwerbstätig sein können, obwohl sie objektiv betrachtet insgesamt mehr „arbeiten“ (dazu Lauber/Storck/Spieß/Fuchs 2014).

In der Summe kann konstatiert werden, dass kaum „geschlossene“ Elternschaftsleitbilder in der deutschen Bevölkerung vertreten sind. Dies mag u. a. damit zusammenhängen, dass von den Befragten Differenzen zwischen theoretisch persönlich gültigen Leitbild und dem von der Gesellschaft an sie herangetragenen vermutet werden und ebenso zwischen Leitbild und tatsächlich gelebter Elternschaft, die wiederum stark von den Rahmenbedingungen abhängig sind. Der erste Bereich fehlender Deckungsgleichheit führt bei Eltern u. U. dazu, dass sie Erwartungen an sie vermuten, die sie nicht erfüllen können bzw. wollen, was dennoch belastend sein kann. Der zweite Bereich der Deckungsungleichheit, Elternschaft anders zu leben als es dem eigenen Leitbild entspräche, dürfte die Zufriedenheit erheblich reduzieren und vermutlich auch Einfluss auf die Familienerweiterungsbereitschaft ausüben.

6 Literatur

- Adam, Ursula/Mühling, Tanja/Förster, Mandy/Jakob, Désirée (2014): Enkelkinderbetreuung: Facetten einer wichtigen intergenerationalen Leistung, Opladen/Farmington Hills.
- Andresen, Sabine/Galic, Danijela (Hrsg.) (2015): Kinder. Armut. Familie – Alltagsbewältigung und Wege zu wirksamer Unterstützung, Gütersloh.
- Beck, Ulrich (1991): Jenseits von Frauen- und Männerrolle oder: Die Zukunft der Familie. In: Universitas 1/1991. S. 1–9.

- Boll, Christina/Beblo, Miriam (2013): Das Paar – eine Interessenseinheit? Empirische Evidenz zu partnerschaftlichen Aushandlungsprozessen. Reihe Forum Politik und Gesellschaft der Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin.
- Borchard, Michael/Henry-Huthmacher, Christine/Merkle, Tanja/Wippermann, Carsten/Hoffmann, Elisabeth (2008): Eltern unter Druck – Selbstverständnisse, Befindlichkeiten und Bedürfnisse von Eltern in verschiedenen Lebenswelten. Eine sozialwissenschaftliche Untersuchung von Sinus-Sociovision im Auftrag der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Stuttgart.
- Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) (Hrsg.) (2013): Lebenslagen in Deutschland – Armuts- und Reichtumsberichterstattung der Bundesregierung. Der Vierte Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, Berlin.
- Dass. (2015): Gewünschte und erlebte Arbeitsqualität – Abschlussbericht zur repräsentativen Befragung durch FFAS, INFAS und FFP im Auftrag des BMAS. Forschungsbericht 456, Berlin.
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (Hrsg.) (2005): Facetten moderner Vaterschaft. Perspektiven einer innovativen Väterpolitik. Berlin.
- Dass. (2006): Familie zwischen Flexibilität und Verlässlichkeit – Perspektiven für eine lebenslaufbezogene Familienpolitik, Siebter Familienbericht. Berlin.
- Dass. (Hrsg.) (2013): Stief- und Patchworkfamilien in Deutschland. Monitor Familienforschung Ausgabe 31, Berlin.
- Dass. (Hrsg.) (2015): Familienreport 2014 – Leistungen, Wirkungen, Trends, Berlin.
- Dass. (2015a): Fünfter Bericht zur Evaluation des Kinderförderungsgesetzes Bericht der Bundesregierung 2015 über den Stand des Ausbaus der Kindertagesbetreuung für Kinder unter drei Jahren für das Berichtsjahr 2014 und Bilanzierung des Ausbaus durch das Kinderförderungsgesetz, Berlin.
- Dass. (Hrsg.) (2015 b): Dossier Väter und Familie – erste Bilanz einer neuen Dynamik. Berlin.
- Diabaté, Sabine/Ruckdeschel, Kerstin/Schneider, Norbert F.: Leitbilder als „missing link“ der Familienforschung: Eine Einführung. In: Schneider, Norbert F./Diabaté, Sabine/Ruckdedeschel, Kerstin (Hrsg.): Familienleitbilder in Deutschland – kulturelle Vorstellungen zu Partnerschaft, Elternschaft und Familienleben, Opladen, Berlin, Toronto, S. 11–18.
- Diabaté, Sabine/Lück, Detlev/Schneider, Norbert F. (2005): Leitbilder der Elternschaft: Zwischen Kindeswohl und fairer Aufgabenteilung. In: Schneider, Norbert F./Diabaté, Sabine/Ruckdedeschel, Kerstin (Hrsg.): Familienleitbilder in Deutschland – kulturelle Vorstellungen zu Partnerschaft, Elternschaft und Familienleben. Opladen, Berlin, Toronto, S. 247–267.
- DJI (2015): Väter 2015: Wie aktiv sind sie, wie geht es ihnen und was brauchen sie? Bearbeitung durch Xuan Li, Claudia Zerle-Elsäßer, Christine Entleitner-Phleps, Michaela Schier, München.

- Flandrin, Jean-Louis (1978): Familien. Soziologie – Ökonomie und Sexualität, Frankf./M.
- Forschungszentrum Familienbewusste Personalpolitik (FFP) (2015): Auswirkungen atypischer Beschäftigung auf zentrale Lebensbereiche – Partnerschaft, Familie, Netzwerke, Partizipation und Gesundheit im Fokus – Ergebnisübersicht „Familie/Partnerschaft“, gefördert durch die Hans-Böckler-Stiftung (Projekt 2013-633-3), Münster.
- Forsa (2011): Umfrage zum Thema Väter. Online verfügbar unter www.eltern.de/c/pdf/umfrage-zum-thema-vaeter_2011.pdf (zuletzt abgerufen am 09.11.2015).
- Ganz, Kathrin (2008): Die Konstruktion von Elternschaft, Mutterschaft und Vaterschaft im familienpolitischen Diskurs. Masterarbeit der Universität Hamburg, Hamburg.
- Gerlach, Irene/Ahrens, Regina/Laß, Inga/Heddendorf, Henning (2015): Die Bedeutung atypischer Beschäftigung für zentrale Lebensbereiche, Münster.
- Gerlach, Irene/Heddendorf, Henning/Laß, Inga (2014): Vater sein in Nordrhein-Westfalen. Ergebnisse einer Studie, Düsseldorf.
- Hammes, Winfried (2013) Haushalte und Lebensformen der Bevölkerung Ergebnisse des Mikrozensus 2012. Statistisches Bundesamt, Wirtschaft und Statistik, November, Wiesbaden, S. 782–795.
- Haustein, Thomas/Keller, Matthias (2014): Vereinbarkeit von Familie und Beruf Ergebnisse des Mikrozensus 2013. Statistisches Bundesamt, Wirtschaft und Statistik, Dezember. Wiesbaden, S. 733–754.
- Henry-Huthmacher, Christine (2008): Eltern unter Druck – Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse der Studie, Bonn.
- Hoffmann-Nowotny, Hans-Joachim (1988): Ehe und Familie in der modernen Gesellschaft. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament. B 13/88. 25. März 1988, S. 3–23.
- Huinink, Johannes (1991): Familienentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland. In: Mayer, Karl Ulrich/Allmendinger, Jutta/Huinink, Johannes (Hrsg.): Vom Regen in die Traufe. Frauen zwischen Beruf und Familie, Frankf./M., S. 289–317.
- Institut für Demoskopie Allensbach (2005): Einstellungen junger Männer zu Elternzeit, Elterngeld und Familienfreundlichkeit im Betrieb, Allensbach.
- Jurczyk, Karin/Walper, Sabine (Hrsg.) (2013): Gemeinsames Sorgerecht nicht miteinander verheirateter Eltern. Empirische Studien und juristische Expertisen, Wiesbaden.
- Kapella, Olaf/Rille-Pfeiffer, Christiane (Hrsg.) (2011): Papa geht arbeiten, Opladen & Farmington Hills.
- Kaufmann, Franz-Xaver (1988): Familie und Modernität. In K. Lüscher, Franz Schultheis M. Wehrspaun (Hrsg.): Die „Postmoderne Familie“. Familiäre Strategien und Familienpolitik in einer Übergangszeit. Konstanz, S. 391–415.
- Kettner, Matthias (2001): Neue Formen gespaltenen Elternschaft. In: Aus Politik und Zeitgeschichte B 27, S. 34–43.

- Kinderrechtskommission des Deutschen Familiengerichtstages (2014): Das Wechselmodell im deutschen Familienrecht (Federführung Coester, Michael) (zitiert als Kinderrechtskommission). In: FamRZ 2014, 1157. Online verfügbar unter http://www.dfgt.de/resources/SN-KiKo_Wechselmodell_2014.pdf (zuletzt abgerufen am 16.11.2015).
- Lauber, Verena/Storck, Johanna/Spieß, Katharina C./Fuchs, Nittaya (2014): Vereinbarkeit von Beruf und Familie von Paaren mit nicht schulpflichtigen Kindern – unter spezifischer Berücksichtigung der Erwerbskonstellation beider Partner. Ausgewählte Ergebnisse auf der Basis der FiD-Daten (»Familien in Deutschland«), DIW Politikberatung kompakt H. 88, Berlin.
- Lück, Detlev/Naderi, Robert/Ruckdeschel, Kerstin (2015): Zur Messung von Familienleitbildern: Studiendesign und Operationalisierung. In: Schneider, Norbert F./Diabaté, Sabine/Ruckdedeschel, Kerstin (Hrsg.): Familienleitbilder in Deutschland – kulturelle Vorstellungen zu Partnerschaft, Elternschaft und Familienleben, Opladen, Berlin, Toronto, S. 29–44.
- Ministerium für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport NRW (MFKJKS) (Hrsg.) (2015): Familienbericht Nordrhein-Westfalen. Familien gestalten Zukunft, Düsseldorf.
- Ott, Notburga/Hancioglu, Mine/Hartmann, Bastian (2011): Dynamik der Familienform „alleinerziehend“. Gutachten für das Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Bochum.
- Pokorny, Julius (1859): Indogermanisches Etymologisches Wörterbuch, Bern/Wien, überarbeitete Fassung von 2007.
- Possinger, Johanna (2013): Vaterschaft im Spannungsfeld von Erwerbs- und Familienleben, Wiesbaden.
- Rousseau, Jean-Jacques (1988): Der Gesellschaftsvertrag. Stuttgart.
- Sachße, Christoph/Tennstedt, Florian (1982): Familienpolitik durch Gesetzgebung. In: Kaufmann, Franz-Xaver (Hrsg.): Staatliche Sozialpolitik und Familie, München, Wien, S. 87–130.
- Sünderhauf, Hildegund (2013): Wechselmodell: Psychologie – Recht – Praxis, Wiesbaden.
- Schneider, Norbert F./Diabaté, Sabine/Ruckdedeschel, Kerstin (Hrsg.) (2015): Familienleitbilder in Deutschland –kulturelle Vorstellungen zu Partnerschaft, Elternschaft und Familienleben, Opladen, Berlin, Toronto.
- Schütze, Yvonne (1986): Die gute Mutter. Zur Geschichte des normativen Musters „Mutterliebe“ Bielefeld.
- Schwab, Dieter/Vaskovics, Laszlo A. (Hrsg.) (2011): Pluralisierung von Elternschaft und Kindschaft. Familienrecht, -soziologie und -psychologie im Dialog. Sonderheft der Zeitschrift für Familienforschung 8, Opladen & Farmington Hills, MI.
- Segalen, Martine (1990): Die Familie. Geschichte, Soziologie, Anthropologie, Frankfurt/M., New York.

- Shorter, Edward (1977): Die Geburt der modernen Familie, Hamburg.
- Statistisches Bundesamt (2011): Wie leben Kinder in Deutschland? Begleitmaterial zur Pressekonferenz am 3. August 2011, Wiesbaden.
- Dass. (2013): Daten zu Geburten, Kinderlosigkeit und Familien, Ergebnisse des Mikrozensus 2012. Tabellen zur Pressekonferenz am 07. November 2013 in Berlin, Wiesbaden.
- Dass. (2013a): Geburtentrends und Familiensituation in Deutschland 2012, Wiesbaden.
- Dass. (2015): Wirtschaftsrechnungen – Einkommens- und Verbrauchsstichprobe. Einnahmen und Ausgaben privater Haushalte. Fachserie 15 Heft 4, Wiesbaden.
- Tölke, Angelika (1989): Lebensverläufe von Frauen. Familiäre Ereignisse, Ausbildungs- und Erwerbsverhalten im Kontext des individuellen Lebenslaufs und der gesellschaftlichen Entwicklung, München.
- Tophoven, Silke/Wenzig, Claudia/Lietzmann, Torsten (2015): Kinder- und Familienarmut: Lebensumstände von Kindern in der Grundsicherung. Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung und Bertelsmann Stiftung, Gütersloh.
- Väter gGmbH (2012): Trendstudie „Moderne Väter“. Online verfügbar unter http://vaeter-ggmbh.de/wp-content/uploads/2012/12/Trendstudie_Vaeter_gGmbH_Download.pdf. (zuletzt abgerufen am 09.11.2015).
- Vorwerk & Co. KG (2011): Vorwerk Familienstudie 2011. Online verfügbar unter <https://corporate.vorwerk.de/de/presse/publikationen/> (zuletzt abgerufen am 09.11.2015).
- Weber-Kellermann, Ingeborg (1977): Die Familie, 2. Aufl. Frankf./M.
- Wirth, Heike/Tölke, Angelika (2013): Egalität arbeiten – familienzentriert leben: Kein Widerspruch für ostdeutsche Eltern. Analysen zu Erwerbskonstellationen von Eltern in Deutschland. In: ISI (Informationsdienst Soziale Indikatoren h. 49, S. 7–11.

Elternschaft

Zwischen Autonomie und Unterstützung

Gerlach, P.D.I. (Hrsg.)

2017, VIII, 278 S. 27 Abb., Softcover

ISBN: 978-3-658-16031-9